

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 33-40

Autor: Hauke Brunkhorst

Interview

Interview mit
Hauke Brunkhorst

Chancen und Probleme der
europäischen Einigung

Widerspruch: Betrachten wir die gegenwärtige Lage Europas, so trifft hier eine „postnationale Konstellation“ in den westlichen Ländern mit der Entstehung einer Vielzahl von Nationalstaaten in östlichen Ländern zusammen. Lassen sich die Bildungen von Nationalstaaten modernisierungstheoretisch als „nachholende Revolutionen“ verstehen?

Brunkhorst: Diese Formel stammt aus einem älteren Aufsatz von Habermas und war auf die Ereignisse des Jahres 1989 bezogen. Habermas hat dafür viel Kritik geerntet. Denn vielen, die blühende Landschaften versprochen und die nach der Zerstörung der autoritären Regimes Osteuropas gehofft hatten, daß die endlich der Globalisierung preisgegebenen Märkte es schon richten würden, war die Rede von der „nachholenden Revolution“ zu defätistisch. Aber sie bezeichnet die Aufgabe, die die meisten der nachsozialistischen Gesellschaften Osteuropas bis heute nicht annähernd gelöst haben, besser als jede andere Formel. Was es in Rußland und den meisten anderen östlichen Ländern nie gegeben hat, war nämlich eine *erfolgreiche* Verfassungsrevolution. So sind die Ideen von 1789 erst mit 200-jähriger Verspätung im Osten angekommen, und das gilt auch für den Osten Deutschlands.

Aber die Ideen blamieren sich, wenn sie nicht zur lebendigen Verfassungswirklichkeit werden; so lange nämlich sind die demokratischen Verfassungstexte – um Hobbes zu zitieren – *only words*. Die Situation in Rußland und der Ukraine gleicht eher der in Lateinamerika als derjenigen Westeuropas. Und das ist nicht nur eine Frage des Reichtums, sondern ganz generell der normativen Wirksamkeit von Verfassungen, die im Rechtsalltag, in der ju-

ristischen Konkretisierung, in der täglichen Gesetzesproduktion und in der Anwendung durch Polizei und Behörden beweisen müssen, daß sie mehr sind als ein Fetzen Papier. Unter Umständen ist eine bloß nominelle Verfassung, die nicht funktioniert, sogar schlimmer als gar keine; denn so fällt es faschistische Demagogen leicht, der ‚unpatriotischen‘ und ‚ethnisch fremden‘ Demokratie und den ‚imperialistischen‘ Menschenrechten zusammen mit allen möglichen Verschwörern, Heckenschützen, Fremdrassigen, Ungläubigen usw. die Schuld für alle nur erdenklichen Gebrechen, Lebensrisiken und Krisen in die Schuhe zu schieben.

Widerspruch: Werden das wirtschaftliche Strukturgefälle und die Ungleichzeitigkeit der politischen Entwicklung zwischen West und Ost durch die Globalisierungstendenzen eher überwunden oder noch verstärkt?

Brunkhorst: Sie werden zunächst einmal verstärkt. Und die neoliberale Weisung künftiger Gewinne erfüllt sich meist nur für einige von denen, die sie heute schon machen. Man kann das Desaster, dem die endlich vom Stalinismus befreiten Länder ausgesetzt sind, ermessen, wenn man sie mit den Schwierigkeiten vergleicht, in die die gut funktionierenden westlichen Regimes im Zuge der Globalisierung geraten sind. Hier entsteht überall eine Spaltung in einen Sektor, der der Globalisierung ungeschützt ausgesetzt ist – z.B. die Autoindustrie, die Soft- und Hardwarefirmen –, und in einen vor der Weltwirtschaft geschützten Sektor – Dienstleistungen, Sozialarbeit usw. Dort, wo die Politik über Gesetzesprogramme in gesellschaftliche Wirklichkeit weitgehend umgesetzt werden kann – und das ist nur in den Ländern des nordatlantischen Gürtels und einigen Staaten Südasiens so –, stehen die Länder grob gesagt vor der Wahl, entweder hohe Arbeitslosigkeit oder aber extreme Niedriglohnsektoren am Rande der Verelendung in Kauf zu nehmen. In den vor der Weltmarktkonkurrenz ungeschützten Bereichen ist Rationalisierung und Arbeitslosigkeit – das zeigt der Vergleich zwischen den USA und Ländern wie der BRD, Frankreich, Schweden glasklar – sowieso unvermeidbar.¹ Es bleibt der geschützte Sektor, in dem unterschiedliche Politiken greifen. Länder mit Staatsbetrieben oder gemischter Wirtschaft *und* hohem Arbeitskräftepotential im Sozial-, Bildungs- und Dienstleistungssektor können – wie die Niederlande oder Dänemark und Schweden – sogar der wenig attraktiven Alternative Arbeitslosigkeit oder Armut

¹ vgl. z.B. Fritz Scharpf, *Regieren in Europa*, Frankfurt/Main 1999.

entkommen. Eine solche Politik, die das egalitäre Niveau, das in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg immerhin erreicht wurde, bewahren könnte, ist aber in versicherungsintensiven Sozialstaaten wie der Bundesrepublik nur schwer und dann nur durch einen drastischen Umbau des Sozialsystems durchsetzbar. Wenn dieser dritte Weg zwischen hoher Arbeitslosigkeit und massiver Armut verstellt ist, stehen auch die funktionstüchtigen Verfassungsregimes des nordatlantischen Segments vor dem Abgrund eines sich täglich vertiefenden Klassengegensatzes.²

Wenn Sie sich das vor Augen halten, sehen Sie die Schwierigkeiten, vor denen Rumänien und Rußland und all die neuen Staaten des ehemaligen Sowjetreichs stehen. Sie haben oft keine konkurrenzfähigen Industrien im ungeschützten Sektor und der geschützte Sektor ist mangels Rechtsstaat der heimischen Mafia, wo sich Staatsbeamte und freie Unternehmer die Dreckarbeit und die Profite brüderlich teilen, schutzlos preisgegeben. Diesen Ländern steht noch nicht einmal die schlechte Alternative zwischen Arbeitslosigkeit und Armut zur Verfügung; sie müssen mit einem Heer arbeitsloser Armer leben, für die es nur ein schwacher Trost ist, daß es denen, die Arbeit haben, meist auch nicht viel besser geht. Tigersprünge nach ostasiatischem Muster – sieht man einmal von den westlichen Rändern wie Polen, Ungarn, Tschechien ab – sind hier nicht zu erwarten; und ob die reformistischen Mühen der Ebene sich schließlich auszahlen, ist keineswegs sicher.

Widerspruch: Das Nachlassen der nationalstaatlichen Bindungen läßt sich im Rahmen einer Theorie der Moderne als begrüßenswerter Abbau traditioneller Ligaturen und als Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten verstehen. Worin sehen Sie die möglichen Chancen, aber auch Zumutungen, die sich daraus für den Einzelnen, für soziale Gruppen und Staaten ergeben?

Brunkhorst: Die Chancen und Konflikte, die sich aus der sogenannten „Individualisierung“ ergeben, sind so alt wie die moderne Gesellschaft. Das ist schon in Durkheims Arbeitsteilungsbuch oder bei Max Weber im Anschluß an seine Studien zur protestantischen Ethik in aller wünschenswerten Klarheit beschrieben worden. Die große Chance ist: mehr Autonomie, ein selbstbestimmtes Leben, der ungeheure Freiheitsgewinn der modernen Zei-

² vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, München 2000, 391 ff.

ten. Konflikte entstehen durch die Deregulierung der Märkte, den Zerfall der askriptiv-traditionalen Klassenstruktur und die neue Rolle eines allgemein zugänglichen Bildungssystems. Bildungsabhängige Karrieren verstärken sich mit marktabhängiger Klassenbildung zu einem negativen Zirkel, so ähnlich, wie es schon Marx und Polanyi beschrieben haben. Außerdem bedeutet jeder Freiheitsgewinn ein erhöhtes Sinn- und Orientierungsrisiko, das seinerseits die neu gewonnene Freiheit zu zerstören droht. Das können Sie alles schon bei Max Weber nachlesen. Nichts Neues in Sachen Individualisierung.

Die von Ulrich Beck und andern mit so hohem Neuheitswert versehene Individualisierungsthese beschreibt kein einziges neues Phänomen; aber sie reflektiert etwas anderes: die ungeheure *Ausweitung*, die die modernitätstypische Individualisierung in den egalitären Sozialstaaten des 20. Jahrhunderts erfahren hat. Immer neue und größere Gruppen, Klassen, Geschlechter, Alterskohorten und Weltregionen sind dem Individualisierungsdruck ausgesetzt. Bei den von Weber untersuchten protestantischen Sekten des 16. und 17. Jahrhunderts beschränkte sich die Zahl derer, die dem Individualisierungsdruck der neuen, posttraditionalen Ethik *und* der neuen, funktional differenzierten Gesellschaft ausgesetzt waren, auf zunächst relativ wenige, männliche Familienvorstände. Hier schlägt heute Quantität vielleicht einmal wieder in eine neue Qualität um. Obwohl das schwer zu messen ist, scheint es, daß Beck hier einen wichtigen Punkt getroffen hat. Aber er hat die Sache falsch beschrieben, so daß nur diejenigen Soziologen und Nichtsoziologen, die Hegel – da steht das auch schon alles –, Marx und Weber nicht mehr richtig gelesen haben, in der Individualisierungsthese einen Neuheitswert erkennen. Das ist natürlich eine durch wachsende Unkenntnis der Geschichte getriebene Erkenntnis.

Widerspruch: Blicken wir auf Europa: Zwischen dem Aufbau kollektiver Identitäten und ihrer Abgrenzung gegen andere scheint eine Dialektik zu bestehen. Wie verhält sich Ihrer Meinung nach der durch die Globalisierung der Wirtschaft forcierte Einigungsprozess Europas zu dessen – womöglich notwendiger – Abgrenzung sowohl nach innen als auch nach außen?

Brunkhorst: Grenzen sind notwendig, interne ebenso wie externe. Jede Differenz ist eine Grenze. Ohne Grenzen läßt sich nichts erkennen, nichts sinnvolles sagen, nichts tun, keine Komplexität aufbauen, kein Staat ma-

chen und auch keine postnationale Gemeinschaft, wie sie – vielleicht – in Europa entsteht. Bei Grenzen fragt sich nur, sind sie exklusiv und undurchlässig oder inklusiv und durchlässig, wobei unter Bedingungen komplexer Gesellschaften die Durchlässigkeit politischer Grenzen immer durch striktes Recht – natürlich auch durch andere Normen, kulturelle und wirtschaftliche Fakten, Medien usw. – geregelt wird. Europa ist dem grenzüberschreitenden Druck des Weltmarkts ebenso ausgesetzt wie jedes einzelne Land außerhalb der EU. Entscheidend ist aber, daß Europa das Recht, das seine Grenzen reguliert, schon lange nicht mehr in eigener Machtvollkommenheit fixieren kann, weil es vom Völkerrecht bis zur *Lex mercatoria* in globale Netzwerke eingebunden ist, deren Grenzen quer zu denen seines Territoriums verlaufen. Jede Vorstellung von einer abgeschotteten „Festung Europa“ ist ebenso reaktionär wie der ganze neueuropäische Regionalismus. Außengrenzen mit einer Art Atlantikwall und sezessionistische Binnengrenzen, die den jeweils Andern ausschließen, – das war die Vorstellungswelt der Nazis: Europa als Reich oder Imperium neuen Typs mit vielfältigem, ethnischen Regionalismus und „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ (Carl Schmitt).

Widerspruch: Welche Gefahren politischer, vielleicht auch militärischer Art birgt die politische Einigung Europas?

Brunkhorst: Ich glaube, politisch gibt es einige wirklich massive Probleme an den östlichen und südöstlichen Grenzen. Die Türkei erfüllt ganz gewiß derzeit (und wohl auch noch in geraumer Zukunft) kaum die menschenrechtlichen Standards der europäischen Gemeinschaft. Damit ist sie als Mitglied untragbar. Gleichzeitig aber wäre der Schritt über den Bosphorus ein Schritt zur Einigung Europas mit seiner eigenen Urgeschichte und zur Wiedergutmachung so vieler christlicher Untaten. Europa, das sind ursprünglich alle Ufer des Mittelmeers. Es gibt da eine sehr kluge, kleine Schrift von Derrida zu diesem Thema.³ Eigentlich ist der Monotheismus in der ganzen Breite seiner Erscheinungsformen *das* kulturelle Erbe Europas, die Wurzel des okzidental Rationalismus – trotz des tiefen Grabens zwischen dem west- und dem oströmischen Reich, in dem der Einfluß der römischen Rechts tradition immer gering war, mit tiefen Nachwirkungen bis heute.

³ Jacques Derrida, *Das andere Kap. Die vertagte Demokratie. Zwei Essays zu Europa*, Frankfurt/Main 1992.

Aber auch aktuell politisch ist die Frage: Vertiefung oder Erweiterung der EU ein echtes Dilemma. Die Gemeinschaft ist expansiv, sie muß für neue Mitglieder im Osten offen sein. Nur wer zur EU gehört, hat im kalten Wind der Globalisierung eine Chance. Allen andern Ländern des europäischen Ostens, die draußen bleiben, droht der immer tiefere Absturz, mit immensen Folgen und Gefahren auch für uns. Andererseits muß dem Euro die Vollendung der politischen Union folgen, sonst stürzt das ganze Projekt ab und die Haider, die dann so sicher wie das Amen in der Kirche die neuen, tödlichen Regionalkonflikte schüren werden, sind jetzt schon überall in Bereitschaft. Es ist ein echtes Dilemma. Die politische Integration setzt jeder Erweiterung enge und engste Grenzen, und nur diese Integration kann zu einer transnationalen *Demokratie* führen, die wir heute noch nicht haben. Wenn immer mehr rechtsverbindliche Regeln durch die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof gesetzt werden, dann mag das den Interessen der Juristen und der regierenden Klasse entgegenkommen, aber es schwächt die bestehenden demokratischen Strukturen und entmachtet die nationalen Parlamente. Das wiederum kommt regionalistischen Fundamentalisten und Neonazis wie Haider oder der Lega Nord entgegen. Andererseits kann nur eine Erweiterung, die wahrscheinlich nur um den Preis der Demokratisierung und der Vertiefung der politischen Union Europas zu haben ist, die östlichen Nachbarn vor dem endgültigen Ruin bewahren. Wären sie erst einmal ruiniert, so stellten sie eine Gefahr für Westeuropa dar, die vermutlich größer ist als die des untergegangenen Sowjetregimes. Ein echtes Dilemma.

Widerspruch: Erscheint Ihnen nicht der Aufbau von neuen staatlichen Strukturen nach dem Abbau nationalstaatlicher Souveränität heute als geschichtlich überholt?

Brunkhorst: Ja, aber es muß auch in einer postnationalen Demokratie funktionale Äquivalente für wichtige Staatsfunktionen geben. Die gleichmäßige, unparteiliche und effektive Durchsetzung der Gesetze (*rule of law*), der von unten nach oben verlaufende, demokratische „Stufenbau“ (Kelsen) des Rechts, der u. a. verhindert, daß große, multinationale Wirtschaftsunternehmen im Rahmen ihrer privatrechtlichen Befugnisse Normen verbindlich machen, die dem Willen des demokratischen Gesetzgebers widersprechen, – all das muß auch eine entstaatlichte, postnationale Demokratie leisten. Schon heute leben Manager multinationaler Unternehmen in zwei Rechts-

ordnungen; und oft sind die konzerninternen Normen so wirksam sanktioniert, daß sie glatt Parlamentsgesetze ausstechen. Werden die Angestellten, die sich an ihre Verträge und internen Regeln halten, dann in irgendeinem Land zu hohen Geldstrafen verurteilt, bezahlt das Unternehmen Ihnen die Auslagen wie ein Flugticket. Das ist natürlich besonders häufig in Ländern der Dritten Welt so, aber es könnte bald auch in Westeuropa zur Regel werden.

In Europa ist das Problem vor allem, daß die Kompetenzen zwischen den Nationalstaaten und den europäischen Regierungsorganen bis heute nicht eindeutig geregelt sind. Genau das aber wäre die wichtigste Leistung einer europäischen Verfassung, zu der im *zweiten* Schritt dann auch eine Grundrechtscharta hinzukommen könnte. Man sollte nicht, wie es derzeit geschieht, den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Ohne erhebliche Kompetenzen, die bei den Nationalstaaten verbleiben, wird es keine brauchbare politische Union Europas geben, aber die Staaten haben als solche kein Recht auf Bestand und Existenz. Unsere Verfassung schreibt den Weg nach Europa zwingend vor. Was dabei nicht verloren gehen darf, ist nicht der Staat, schon gar nicht irgend eine nationale Identität, sondern ausschließlich Demokratie und Menschenrechte, nur sie, nicht *den* Staat, schützt das Grundgesetz in seinem „Ewigkeitsartikel“ 79, III.⁴

Widerspruch: Welche politische Struktur sehen Sie im Spannungsfeld von liberaler und sozialer, zentraler und föderaler Demokratie für die Einigung Europas angemessen? Und warum?

Brunkhorst: Die heute gängige Standardantwort der Politikwissenschaftler ist „Mehrebenendemokratie“. Aber das ist auch nicht viel mehr als ein Zauberwort, häßlicher als „civil society“, aber dafür wenigstens etwas substanzieller. Ein föderales System ist die einzige Möglichkeit, und auf der Ebene des Nationalstaats verbleiben erst mal die wichtigsten sozialstaatlichen Politikfelder. Hier spielen auch die kulturellen Besonderheiten der verschiedenen Länder, die ganz unterschiedliche und jeweils höchst voraussetzungsvolle Sozialsysteme haben, eine wichtige Rolle. Aber es muß natürlich langfristig so etwas wie einen europäischen Lastenausgleich geben, der ja schon heute in ersten Ansätzen auf europäischer Ebene zentral geregelt ist. Vorerst haben wir zwar noch eine Arbeitsteilung zwischen *positiver*, demokrati-

⁴ vgl. Christoph Möllers, Staat als Argument, München 2000.

schers und sozialer *Integration* auf nationaler und *negativer*, liberal-wirtschaftlicher *Integration* auf europäischer Ebene. Aber hier gibt es bereits deutliche Trends in Richtung auf eine positive Integration Europas. Den europäischen Konzernen werden wohl europäische Parteien und europäische Gewerkschaften nachwachsen müssen. Aber das wird nur geschehen, wenn das europäische Parlament zum Erstinterpret einer europäischen Verfassung bzw. der europäischen Verträge geworden ist und wirklich wichtige, bindende Entscheidungen fällen kann. Hat es solche Kompetenzen, wird man sich um eine europäische Öffentlichkeit und eine europäische Zivilgesellschaft viel weniger Sorgen machen müssen als heute.⁵ Außerdem gibt es bereits nennenswerte Entwicklungen zu einer europaweiten, bürgerschaftlichen Öffentlichkeit. Das zeigt sich an Problemen, die alle gleichermaßen betreffen, sei es die Gentechnik, BSE oder der Rechtsradikalismus. Die überraschende Ächtung Haiders durch die *Vereinigten Regierungen* Europas war deshalb so erstaunlich, weil alle, *linke ebenso wie rechte Regierungen* den großen Unterschied erkannt haben, der sie von *der* Partei trennt, die rechts von der Zivilgesellschaft aus dem europäischen Boden wächst.⁶

Widerspruch: Wiederholt ist daher gefordert worden, daß die Einigung Europas einer transnationalen gemeinsamen politischen Kultur bedürfe. Welches sind Ihrer Meinung nach die gemeinsamen Werte und Normen, die einen solchen Verstehens- und Verständigungsprozess leiten können, aber auch die kulturelle Vielfalt von Überzeugungen garantieren?

Brunkhorst: Was sonst, wenn nicht Menschenrechte und Demokratie? – Alles übrige muß jede Person und jede Gruppe mit sich ausmachen. Eine europäische Leitkultur wäre das Letzte und eine so lächerliche Figur wie ihr deutscher VorMerz.

Widerspruch: Herr Brunkhorst. Wir danken für das Interview.

⁵ vgl. Brun-Otto Bryde, „Die bundesrepublikanische Volksdemokratie als Irrweg der Demokratietheorie“, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 5/1994, 305 ff.

⁶ Eine erhellende Beobachtung hierzu bei Paolo Flores d’Arcais, „Der große Unterschied zwischen rechts und rechts“, in: FAZ v. 16.1.2001, 47.